



SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonen	2	Gastbeitrag: Zeitvorsorge	9	Interview NR Dobler	15	Rückblick DV Januar	18/19
FDP International	6	Abstimmungsvorlagen 10/11/12/13		Neu in National- und Ständerat	16/17	Unter Freisinnigen	22

38. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

Inhalt

Wahlen: Rückblick 2015, Ausblick 2016

Gleich in sieben Kantonen stehen 2016 Gesamterneuerungswahlen für die Legislative und die Exekutive an. Den Anfang machen Uri, St. Gallen und Thurgau am 28. Februar. Unser Ziel ist klar: Wir wollen auch auf kantonalerebene zulegen!

Seite 14

Präsidentiales Jahr 2016

Mit guten Vorsätzen und mit verheissungsvollen Vorzeichen starten wir ins neue Jahr. Neben einem sehr guten Wahlergebnis im letzten Oktober besetzen gleich drei FDP-Exponenten die höchsten Posten der Schweiz: Johann Schneider-Ammann als Bundespräsident, Christa Markwalder als Nationalratspräsidentin und Raphaël Comte als Präsident des Ständerats. 2016 wird ein liberales Jahr!

Seite 20

Vorstellung Fraktionspräsidium

Die FDP-Liberale Fraktion im Bundeshaus vereint alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier der FDP.Die Liberalen Schweiz. Mit Beginn der 50. Legislatur wurde auch das Fraktionspräsidium neu besetzt. Nationalrat Ignazio Cassis präsidiert die Fraktion, Ständerat Thomas Hefti und Nationalrat Beat Walti amtierend als Vizepräsidenten.

Seite 21

Durchsetzungsinitiative

NEIN zur Durchsetzungsinitiative

Die Initianten geben vor, mit der Durchsetzungsinitiative schwer kriminelle Ausländer ausschaffen zu wollen. Doch das Parlament hat die Ausschaffungsinitiative bereits hart, fristgerecht und gemäss dem Volkswillen umgesetzt. Die Initiative ist daher unnötig. Es gibt nichts «durchzusetzen».

Die Durchsetzungsinitiative ist in vielerlei Hinsicht schädlich: So würden gewisse Bagatelldelikte zur automatischen Ausschaffung führen, und das Verhältnismässigkeitsprinzip mit Füßen getreten. Gut funktionierende und eingespielte Abläufe würden zerstört.

Weiter ist die Initiative ein Angriff auf die Grundrechte und die EMRK und stellt den bewährten Menschenrechtsschutz der Konvention in Frage. Schliesslich ist die Durchsetzungsinitiative ein weiterer Angriff auf die Bilateralen. Die automatische Ausschaf-

fung selbst bei Bagatelldelikten widerspricht der Personenfreizügigkeit mit der EU. Was das Volk 2010 bestellt hat, hat es erhalten: ein hartes Ausschaffungsgesetz. Die Durchsetzungsinitiative ist daher unnötig – und schädlich dazu.

Seite 10

Nicht nötig,
weil bereits
pfefferscharf
umgesetzt

Präsidentenwechsel FDP. Die Liberalen Luzern

Markus Zenklusen löst Peter Schilliger an der Parteispitze ab

FDP. Die Liberalen Luzern wählten an der vergangenen Delegiertenversammlung Markus Zenklusen einstimmig zum neuen Parteipräsidenten. Der abtretende Parteipräsident Peter Schilliger, welcher die Partei seit 2008 mit grossem Einsatz führte, wurde mit Standing Ovations verabschiedet.

Maja Baumann,
Geschäftsführerin ad interim
FDP Luzern

Nach acht Jahren an der Spitze der FDP des Kantons Luzern gab Nationalrat Peter Schilliger im letzten Frühjahr seinen Rücktritt per Ende 2015 bekannt. Die eingesetzte Findungskommission und die Geschäftsleitung unterbreiteten den Delegierten einstimmig Markus Zenklusen aus Emmen als Nachfolger von Peter Schilliger. An der Delegiertenversammlung vom 18. Januar in Eschenbach wurde Markus Zenklusen von den Anwesenden mit einem Glanzresultat gewählt.

Der 62-jährige Frühpensionär und ehemalige Manager kann auf eine reiche Erfahrung als Lokalpolitiker zurückgreifen. Er war sowohl in der Schulpflege Emmen als auch als Präsident der Ortspartei Emmen aktiv und



Peter Schilliger und Markus Zenklusen.

engagierte sich in den kommunalen Wahlen als Wahlkampfleiter. Der passionierte Segler verfügt damit nicht nur über die notwendige politische Erfahrung, sondern ist auch hoch motiviert, die Partei in Zukunft erfolgreich zu führen.

Mit der Nachfolge von Nationalrat Peter Schilliger tritt Markus Zenklusen kein leichtes Erbe an. 2008 noch als Luzerner Kantonsrat gewählt, ging die FDP Luzern im vergangenen Jahr unter der Führung Peter Schilligers sowohl in den kantonalen Wahlen im Frühling als auch im Herbst als Sieger hervor. Er prägte die Luzerner FDP durch seine konsequent liberale Politik und sein grosses Engagement. Als Nationalrat wird er auch in Zukunft für die liberalen Werte eintreten und die Luzerner Bevölkerung in Bundesbern vertreten.

Im Gespräch mit dem neuen Parteipräsidenten Markus Zenklusen

Bisher waren Sie als Mitglied der Schulpflege Emmen sowie als Parteipräsident Emmen vor allem lokal aktiv. Wieso sind Sie der Richtige für dieses Amt?

Mit 62 Jahren fühle ich mich jung genug, eine neue Herausforderung anzunehmen. Als Frühpensionär kann und will ich mir die Zeit für meine neue Aufgabe als Parteipräsident des Kantons Luzern nehmen und einen regen Kontakt mit der Parteibasis pflegen. Ich bin motiviert, die FDP-Sympathisanten in den Landregionen, der Stadt sowie den Agglomerationen kennen zu

lernen und ein offenes Ohr für ihre Anliegen, Sorgen und Nöte zu haben.

Welche Führungsgrundsätze können Sie als ehemaliger Manager in Ihrer neuen Aufgabe anwenden?

Meine Erfahrungen zeigen, dass Zuhören und ein gutes «Gspüri» für die Anliegen der Menschen wichtig sind. Wer mit viel Herzblut und Begeisterung Konzepte umsetzt, kann auch andere motivieren, am gleichen Strang zu ziehen.

Was bedeuten für Sie unsere libera-

len Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt?

Um als freier Mensch zu leben, der sich nach seinen Bedürfnissen und Talenten entwickeln kann, bedarf es eines Staates, der die Freiheit gewährleistet und nicht zu stark einschränkt. Der beste Ausdruck des Gemeinsinns sind für mich die unzähligen Mandatsträger, welche mit ihrem ehrenamtlichen Engagement zu einer starken Gemeinschaft beitragen. Fortschritt und Innovation wiederum sind die Grundpfeiler des Erfolgsmodells Schweiz. Nur durch sie können wir

weiterhin zum Kreis der wettbewerbsfähigsten Staaten gehören.

Neben Ihrer Tätigkeit als Parteipräsident, wie gestalten Sie Ihre Freizeit?

So abwechslungsreich wie möglich. Neben sportlichen Aktivitäten wie beispielsweise Segeln oder Skifahren spiele ich regelmässig Saxofon. Mit meiner Frau teile ich die Freude am Reisen. Zudem absolviere ich zurzeit ein Haushaltspraktikum bei ihr und konnte auch schon erste Erfolgserlebnisse sammeln.

Ausflug nach Würenlingen

Auf Sichtdistanz zu den radioaktiven Abfällen im Zwilag

Nicht alle Besucher gelangen im Zwilag Würenlingen in diejenige Halle, wo schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle bis zur Endlagerung deponiert und überwacht werden. Doch die Seniorinnen und Senioren der FDP.Die Liberalen Aargau genossen diesen Vorrang an ihrer Herbstveranstaltung.

Hans-Peter Widmer,
ehem. Redaktor
und FDP-Grossrat, Hausen

Die Besichtigung des Zwischenlagers war höchst beeindruckend. Dementsprechend stiess sie bei den FDP-Seniorinnen und -Senioren – ehemalige freisinnige Chargierte und Behördenmitglieder in Gemeinden, Bezirken und Kanton – auf grosses Interesse, was die frühere Regierungsrätin Stéphanie Mörikofer als Vorsitzende sehr freute. Imponierend waren einerseits die Anlagen, ihre Dimensionen mit dicken Mauern und angeblich flugzeugabsturzsicherem Dach sowie blitzblanken Räumen, Hallen, Treppen, Liften, Gängen und Schleusen – und andererseits die Sicherheitsvorkehrungen, welche die rund 50 Besucherinnen und Besucher am eigenen Leib zu spüren bekamen.

Es mochte einigen etwas mulmig zu Mute sein, als bei der Besammlung zum ersten Teil der Veranstaltung mitgeteilt wurde, dass ausnahmsweise auch die Halle betreten werden könne, in der die bisher aus Kernkraftwerken, Medizin und Forschung in der Schweiz angefallenen schwach-, mittel- und hochradioaktiven Abfälle bis zur definitiven Tiefenlagerung zwischengelagert werden. Diesen nicht ganz alltäglichen Einblick in das Zwilag-Zentrum hatte Walter Nef eingefädelt, der ehemalige Direktor des Kernkraftwerkes Beznau sowie frühere FDP-Grossrat und Stadtammann von Klingnau.

Im Zwilag gilt kompromisslose Sicherheit. Die schriftlich angemeldeten und mit Namen aufgerufenen Besucherinnen und Besucher mussten sich vor dem Rundgang mit einem Personalausweis identifizieren, spezielle Socken und Schuhe, einen Laborman-



Beat Bechtold, Geschäftsführer Nuklearforum Schweiz, sprach Klartext zur Energiewende.

BILD: OSKAR MÖRIKOFER

tel und Helm anziehen, Schuhe und Mantel vor dem Betreten der Lagerhalle nochmals wechseln und sich nach der Rückkehr einer Strahlenmessung unterziehen.

Weder ein Zahlencode noch ein Fingerabdruck der Begleitpersonen genügten zum Passieren von Schleusen, sondern die Zutrittsberechtigung wurde aufgrund spezieller persönlicher Merkmale überprüft.

Schliesslich stand man in der grossen, hellen Halle vor den bis zu 140 Tonnen schweren Stahlbehältern, die das radioaktive Material enthalten. Man war einigermaßen überrascht

über das relativ geringe Abfallvolumen, das aus der jahrzehntelangen kerntechnischen Stromproduktion entstand und unter strengsten Sicherheitskriterien «entsorgt» werden soll – im Gegensatz zu den riesigen Abfallmengen anderer Energieträger, die in Luft und Wasser emittiert werden.

Im zweiten Teil des Anlasses setzte sich Beat Bechtold, Geschäftsführer des Nuklearforums Schweiz, kritisch mit Szenarien der angesagten Energiewende auseinander, die der Bundesrat nach Fukushima – einer ursächlichen Flutkatastrophe, mit fatalen Folgen wegen fehlender japanischer Sicher-

heitskultur – innert zwei Monaten «durch einen übereilten Ausstiegsentscheid aus der Kernenergie» in Gang setzte. Bechtold rechnete vor, was es hiesse, den Stromanteil aus KKW, der heute 40 Prozent der gesamten inländischen Stromproduktion beträgt, durch Solar-, Wind-, Bio- oder Geothermieanlagen zu ersetzen. Deutschland zeige die Grenzen erneuerbarer Energieproduktion auf, indem wieder emissionssträchtige Kohle- statt stillgelegte Kernkraftwerke zur Gewährleistung der unverzichtbaren Bandenergie in Betrieb genommen werden mussten.

Abstimmungen

So gut gemeint und doch falsch!

Am 28. Februar 2016 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die CVP-Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe ab. Schon im Vorfeld gab es in der LGBTI¹-Gemeinschaft regen Widerstand gegen diese Initiative. Warum eigentlich? Grund dafür ist ein Passus, den die Christliche Volkspartei in die Bundesverfassung schreiben will. «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau.» So soll es im Falle einer Annahme der Initiative geschrieben sein. Für gleichgeschlechtliche Paare ein Satz, der die Gemüter zum Kochen bringt.

**Odilo Lamprecht,
Präsident Radikal**

Alles in allem scheint die Initiative der CVP eine gute Sache. Wenn man den Initiativtext liest, stellt man fest, dass die Christdemokraten auch an die Paare in eingetragener Partnerschaft gedacht haben. So schreiben sie wörtlich: «Mit der Abschaffung der Heiratsstrafe will die CVP im Steuerrecht eine diskriminierende Regelung gegenüber eingetragenen und verheirateten Paaren aufheben.» Wow! Gleiche Rechte für alle. Und das von der CVP! Schade ist nur, dass sie in der gleichen Initiative die Rechte von LGBTI-Menschen massiv einschränken möchten. Sie fordern klar, die Ehe als gesetzlich geregelte Gemeinschaft zwischen MANN und FRAU festzulegen. In einer Zeit, wo von einer Öffnung der Ehe gesprochen wird, erscheint das wie ein Hohn! Die Annahme der Initiative hätte eine Symbolwirkung, welche die jahrelange Arbeit vieler LGBTI-Gruppen (darunter auch Radikal) zunichtemachen würde. In einer Umfrage vom November 2015 haben sich 70,4 Prozent der Bevölkerung für die Öffnung der Ehe geäußert. England, Frankreich und sogar das katholisch geprägte Spanien haben die Homo-Ehe bereits eingeführt, und erst kürzlich hat Königin Elisabeth von England die Homo-Ehe als «etwas Wunderbares» bezeichnet. Die Annahme der Initiative und die damit einhergehende Definition der Ehe würden im Klartext bedeuten, dass die Öffnung der Ehe in der Schweiz für lange Zeit vom Tisch wäre!

Ganz besonders freut mich, dass ausgerechnet die Junge CVP der Stadt



Odilo Lamprecht

Zürich gegen die Mutterpartei und für die gleichgeschlechtlichen Paare die Parole gefasst hat. Zudem hat sich nun auch die LGBTI-Arbeitsgruppe der CVP aktiv gegen die Initiative geäußert. Dies lässt hoffen, dass in naher Zukunft vielleicht ein Umdenken bei den Christlichen stattfindet. Selbstverständlich war die Mutterpartei nicht erfreut darüber und hat beiden Sektionen das Verwenden des Parteilogos im Zusammenhang mit der Initiative per sofort verboten.

Es erklärt sich von selbst, dass wir als liberale Partei dies auf keinen Fall zulassen dürfen. Ich finde es lobenswert, dass die CVP ihre Aufgabe wahrnimmt und sich politisch für die Familie einsetzt. Aber ist es notwendig, im gleichen Zug den LGBTI-Menschen ins Gesicht zu schlagen? Nein, das ist es nicht, und das hätte diese Partei auch nicht nötig. Daher ist es umso mehr notwendig, bei dieser Initiative ein klares Zeichen gegen die Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren zu setzen.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt hat sich die FDP auf die Fahne geschrieben. Damit hat die FDP gleichzeitig ein Signal an alle LGBTI-Menschen im Land gesendet. Nehmen wir also unsere Verantwortung wahr und beenden die unsägliche Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare in der Schweiz.

¹LGBTI steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexuell/Transgender and Intersexual (zu Deutsch: Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transsexuell/Transgender und Intersexuell)

Altersvorsorge 2020

Die Reform «Altersvorsorge 2020», ein Mammutprojekt

Obwohl die Lebenserwartung kontinuierlich steigt und auch die Zahl der Rentnerinnen und Rentner im Vergleich zu den Erwerbstätigen zunimmt, ist das heutige Schweizer Vorsorgesystem auf eine Realität ausgelegt, welche längst der Vergangenheit angehört. Diese Entwicklung ist der Grund, weshalb sich die Jungfreisinnigen seit mehreren Jahren stark im Bereich der Sozialpolitik einsetzen und eine generationenverträgliche Reform fordern.

Marcel Schuler, Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Schweiz, Politische Planung

Demografische Veränderungen bringen grosse strukturelle und finanzielle Herausforderungen für die Altersvorsorge mit sich. Auch tragen schlechtere Anlagemöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt respektive historisch tiefe Zinsen dazu bei, dass die heutigen Rentenversprechen nicht mehr gesichert sind. Trotz alledem hadert das Parlament bei der Beratung der Reform «Altersvorsorge 2020». Auch in den Köpfen der Bevölkerung ist der Reformdruck noch nicht gänzlich angekommen, und die Probleme umlagefinanzierter Rentensysteme sind weitestgehend unbekannt. Es liegt deshalb in der Verantwortung unserer Politikerinnen und Politiker, eine nachhaltige Altersvorsorge zu gestalten, damit wir nicht auf Kosten der nächsten Generation leben und somit deren künftige Freiheit nicht einschränken.

Entsprechend dem Vorbild einiger Pionierländer, welche in den letzten Jahren automatische Stabilisatoren oder Schuldenbremsen in den Sozialwerken eingeführt haben, ist es aus Sicht der Jungfreisinnigen dringend notwendig, die Vorsorgefinanzierung in der Schweiz mittels technischer Regeln zu entpolitisieren. Dies, ohne dass die Politik willkürlich Entscheidungen, beispielsweise die Festsetzung des Rentenalters, treffen kann. Sogar Dänemark und Schweden, welche als eher sozialdemokratisch eingestuft werden können, haben automatische Interventionsmechanismen eingeführt, die durch graduelle Erhöhungen

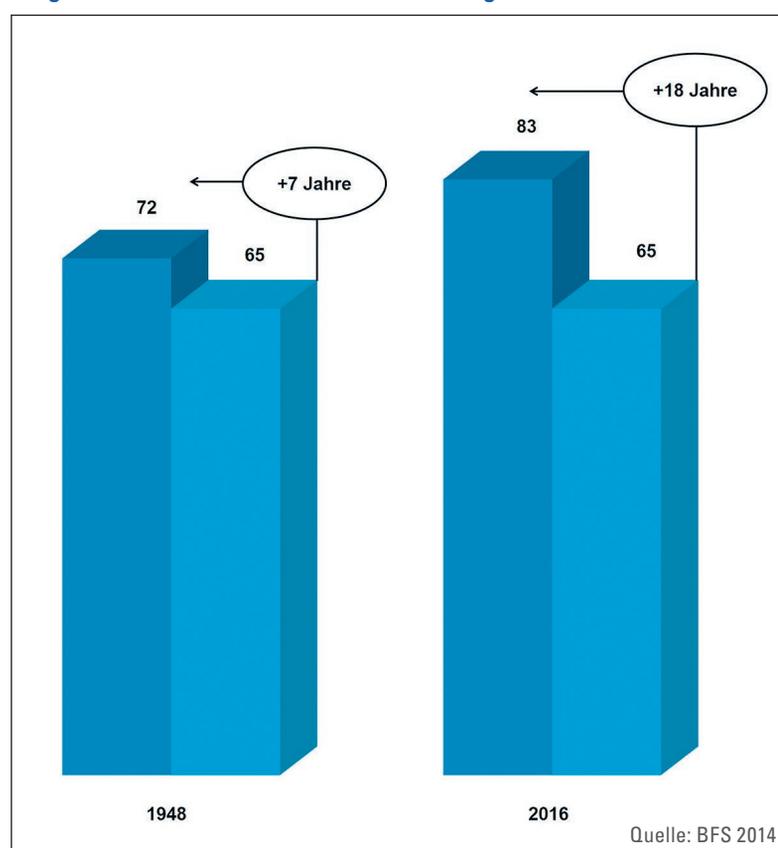


Marcel Schuler

des Rentenalters ein Anhäufen von Schuldenbergen verhindern. Gerade deshalb sollte es in der Schweiz, im Erfindungsland der Schuldenbremse, auch möglich sein, solche Reformen durchzuführen.

Für ein liberaleres und besser funktionierendes Vorsorgesystem muss aber auch die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden. Diese benötigen genügend Raum und Informationen, um ihre individuelle Verantwortung wahrnehmen zu können. Denn nur, wer seine Vorsor-

Vergleich Rentenalter und Lebenserwartung 1948 und 2016



geansprüche aus gesetzlicher und privater Rentenversicherung realitätsgetreu einschätzen kann, ist fähig, eigenverantwortlich und bewusst über verschiedene Optionen zu entscheiden. Bürgerinnen und Bürger müssen deshalb ihre BVG-Vorsorgeücken erkennen und kritische Urteile über Versicherungsangebote fällen können. Sei dies durch die Erhöhung der steuerbefreiten Vorsorgebeiträge, die Beseitigung falscher Anreizsysteme in der Altersvorsorge oder die freie Wahl der Vorsorgeleistungen.

Gerade für die Schweiz, wo seit rund zwanzig Jahren sämtliche Reformen in der Altersvorsorge gescheitert sind, könnte es dieser Ansatz der Entpolitisierung erlauben, sowohl die Diskussion um das Rentenalter als auch die Diskussion um den Umwandlungssatz zu beenden und so, ergänzend zur dringenden Reform «Altersvorsorge 2020», einen wirklich funktionierenden Generationenvertrag sicherzustellen.

Wir Jungfreisinnigen bleiben dran.

Initiative gegen Nahrungsmittelspekulation

Die Juso-Initiative: Ein untaugliches Rezept aus der deutschen Kaiserzeit

Die Volksinitiative der Juso gegen die Nahrungsmittelspekulation ist nicht der erste Versuch, mit hehren Vorsätzen und untauglichen Mitteln hohe Nahrungsmittelpreise zu bekämpfen, und bewirkt das Gegenteil dessen, was man eigentlich anstrebt.

François Baur,
Präsident FDP.Die Liberalen
International

Dasselbe folgenschwere Experiment hat bereits das deutsche Kaiserreich Ende des 19. Jahrhunderts gewagt, mit langfristigen Folgen für den deutschen Rohstoffhandel. Weil die Preise für Weizen 1891 stark schwankten und stiegen, verbot das neue Börsengesetz von 1896 kurzerhand den Handel mit Terminkontrakten. Denn die Meinung im Land war gemacht: Die Spekulanten trieben die Preise in die Höhe. Allerdings passierte genau das Gegenteil dessen, was beabsichtigt war: Weizen wurde nicht billiger, sondern teurer, weil Produzenten und Händler sich in der Folge nicht mehr richtig absichern konnten. 1900 wurde deshalb das Verbot rückgängig gemacht, doch der Schaden war angerichtet: Die Getreidebörse in Berlin, einst eine der bedeutendsten der Welt, verkam zur Provinzbörse und erholte sich davon nie mehr.

Über 100 Jahre später wollen nun die Schweizer Jungsozialisten diesen Fehler wiederholen. Auch sie möchten Schweizer Finanzakteuren verbieten, mit Terminverträgen zu handeln – sofern diese sich auf Agrarrohstoffe beziehen. Denn die Juso bezichtigen Banken, Anleger und Finanzabteilungen, mit ihren Geschäften die Nahrungsmittelpreise und damit die Hungersnot auf der Welt zu erhöhen.

Verbot setzt am falschen Ort an

Aus einer internationalen Perspektive ist das Verbot aus mehreren Gründen unsinnig. Schweizer Finanzakteure beeinflussen nicht die globalen Nahrungsmittelpreise, genauso wenig, wie die Spekulanten im deutschen Kaiser-



François Baur

reich – denn diese handelten nicht mit tatsächlichen Nahrungsmitteln, sondern mit Verträgen. Die weltweiten Preise werden dort bestimmt, wo das tatsächliche Angebot und die tatsächliche Nachfrage nach Lebensmitteln entstehen. In den Jahren vor 1891 konnten die Bauern in Russland und Amerika nur wenig Weizen ernten, das hat die Preise erhöht. Auch heute steigen die Nahrungsmittelpreise unter anderem dann, wenn in grossen Anbauländern wie Russland, Australien oder Amerika Ernten ausfallen – sei es wegen Dürren, Frost oder Bränden. Wenn die Schweiz ihren Banken den Handel mit Agrar deriva-

ten verbietet, ändert das am Preis rein gar nichts.

Schweiz kann der Welt keine Verbote aufzwingen

Es gibt aber noch eine andere Schwäche der Initiative: In der Schweiz existiert nicht ein einziger Terminmarkt für Agrarrohstoffe! Diese liegen vornehmlich in Amerika – und werden dort bereits ausreichend reguliert. Die Schweiz hingegen kann dem Ausland schwerlich vorschreiben, wie es seine Börsen zu regulieren hat.

Der Handel mit Agrarrohstoffen ist eine internationale Angelegenheit, Massnahmen zur Verbesserung der

Märkte müssen deshalb auch international angelegt sein. Ein solches Projekt ist das Agricultural Market Information System (AMIS) der Food and Agriculture Organisation (FAO). Die UNO-Staaten speisen Angaben über die Höhe ihrer Nahrungsmittelproduktion und Daten zu ihren Lagerbeständen in ein System ein, dieses macht die Informationen öffentlich. Das stellt Markttransparenz her und stabilisiert die Weltmarktpreise. Die Schweiz arbeitet in der FAO bereits aktiv mit!

Zielführende internationale Massnahmen unterstützen

Es ist unbestritten: Die internationale Gemeinschaft, und dazu zählt die Schweiz, steht bei der Bekämpfung des Hungers in der Pflicht. Und hier hat sie in den vergangenen Jahren durchaus auch Erfolge zu verzeichnen: Seit 1990 konnte die Anzahl hungerrnder Menschen um 21,4 Prozent verringert werden, und das trotz des hohen Bevölkerungswachstums. Allerdings wurde damit das von der UNO gesteckte Ziel knapp verpasst. Umso wichtiger ist es daher, auf bewährte Projekte zu setzen, welche die Staaten gemeinsam auf dem internationalen Parkett entwickeln. So sollen sie zum Beispiel im Rahmen der WTO Handelshemmnisse abbauen, auch für Nahrungsmittel. Oder weiter in der internationalen Zusammenarbeit Projekte vor Ort unterstützen, in denen zum Beispiel Kleinbauern neue Anbauverfahren lernen oder bessere Maschinen, Geräte und Bewässerungsanlagen erhalten. Die Schweiz engagiert sich hierbei international bereits stark und soll das auch weiterhin tun. Mit einem Alleingang hingegen hilft sie niemandem auf der Welt und gräbt sich selbst das Wasser ab.

Sexuelle Übergriffe

Im Westen nichts Neues

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin FDP Frauen



Die Kölner oder Zürcher Vorfälle in der Silvesternacht oder jene in Flüchtlingsunterkünften, in denen sexuelle Übergriffe an Frauen von Migranten verübt wurden, sind in den Fokus unseres Bewusstseins gerückt. Solche Übergriffe machen sprachlos, und es ist richtig, dass diesem wichtigen Thema Aufmerksamkeit geschenkt wird. Sexuelle Belästigungen sind jedoch nicht ein reines Migrationsproblem. Sie sind auch nicht neu, sondern ein Thema, mit welchem Frauen weltweit und alltäglich konfrontiert sind. Solche Vorfälle für populistische Zwecke zu instrumentalisieren, ist für unsere liberale Gesellschaft aber eine beunruhigende und gefährliche Tendenz.

Migrationsströme in dem Ausmass, wie wir sie heute erleben, bringen ihre Herausforderungen für unsere Gesellschaft mit sich. Klar ist: Wer bei uns lebt, muss sich zwingend an unsere Regeln und Gesetze halten. Darum müssen wir unsere Werte und die für uns selbstverständliche Gleichstellung von Frauen und Männern allen Menschen in unserem Land vermitteln. Wir FDP Frauen verlangen eine breite öffentliche Debatte ohne Scheuklappen. Indem man auch den offenen Austausch mit Migranten sucht, können Missverständnisse auf beiden Seiten geklärt werden. Diese ganze Thematik wird Schwerpunkt unserer Generalversammlung im März sein.

FDP

Die Liberalen
Frauen

Einladung zur Generalversammlung der FDP Frauen Schweiz

Samstag, 12. März 2016, 9.00 bis 14.00 Uhr
Öffentliche Veranstaltung

Novartis Campus, Basel

Programm

Ab 9.15 Empfang im Novartis Campus – Kaffee und Gipfeli

10.00 Begrüssung

Daniela Hintermann, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Basel-Stadt
Stephan Mumenthaler, Head Economic & Swiss Public Affairs, Novartis
Carmen Walker Späh, Präsidentin und Regierungsrätin Kanton Zürich

10.15 **Statutarische Geschäfte**

Jahresbericht, Jahresrechnung und Budget
Wahl der Geschäftsleitung

*Die Jahresberichte werden an der DV aufgelegt und vorgängig auf der Webseite aufgeschaltet. Aus Kosten- und Umweltgründen werden keine Exemplare versandt. Die Rechnung wird den Delegierten an der DV präsentiert.

10.30 **Präsentation der Kandidaten und Kandidatinnen für das Parteipräsidium der FDP.Die Liberalen Schweiz**

10.45 **Lohnleichheit**

Präsentation Revision des Gleichstellungsgesetzes durch Nationalrätin **Isabelle Moret**

Diskussion/Parolenfassung

11.15 **Pause**

11.20 **Diskussionsrunde «Die Freiheit der Frau»**

Saïda Keller-Messahli, Präsidentin Forum für einen fortschrittlichen Islam
Doris Fiala, Nationalrätin ZH
Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Unter der Leitung von **Michèle Binswanger**, Journalistin

12.00 Schlusswort von **Christa Markwalder**, Nationalratspräsidentin

12.15 **Ende der Veranstaltung – Apéro riche**

Weitere Informationen finden Sie unter www.fdp-frauen.ch.

Groupe latin

Une plateforme d'information et de concertation

Depuis le mois de décembre, j'ai le plaisir de présider le groupe latin du PLR. Les Libéraux-Radicaux. Je suis sensible à la confiance manifestée par mes collègues à mon égard, et je les en remercie vivement. Je succède à mon collègue Jacques Bourgeois. Je profite de cette occasion pour présenter ce groupe, notre rôle et nos activités. Si nos rencontres ont lieu généralement dans un environnement très cordial, les décisions prises et les impulsions données ne sont pas forcément anodines.

Olivier Feller,
conseiller national VD

Le groupe latin se réunit à chaque début de session parlementaire afin de traiter les sujets qui revêtent une importance particulière dans les cantons latins ou qui donnent lieu à une appréciation politique spécifique à la Suisse romande et au Tessin. Un des buts du groupe est de prendre position lorsque des intérêts politiques ou personnels importants sont en cause. Il ne s'agit pas de nous opposer de façon stérile à nos collègues suisses alémaniques, l'idée est plutôt de «rassembler» nos forces pour une action commune plus cohérente. Il s'agit aussi de faire circuler l'information et de se coordonner.

Historique

Le premier président du groupe latin était le conseiller national Aloys Copt du canton du Valais, il a dirigé ce groupe de 1967 à 1971. Ensuite, de nombreux conseillers nationaux radicaux se sont succédés. Depuis 1987, les présidents du groupe latin sont élus pour une période de deux ans, selon un tournus auquel participent successivement les cantons. Les élections du président et du vice-président ont lieu lors de la session d'hiver. Le groupe latin radical a fusionné avec les libéraux bien avant le parti suisse puisque déjà en 2003, les libéraux ont été intégrés à ce groupe qui prend alors la dénomination de groupe latin libéral-radical.

Le groupe latin actuel

En décembre 2011, mon collègue Hugues Hiltpold, alors vice-président, est nommé président. Selon le tournus en



Olivier Feller, conseiller national VD

vigueur, Jacques Bourgeois a accédé à la vice-présidence en même temps. En 2013, c'est Jacques Bourgeois qui accède à la présidence, Jean-René Germanier devenant vice-président.

En décembre 2015, l'organisation a été chamboulée en raison du retrait de Jean-René Germanier du Parlement. Mes collègues m'ont proposé de reprendre la présidence, Philippe Nantermod assumant la vice-présidence.

Chaque président a apporté «sa patte» en proposant des séances dans des endroits variés, différentes sorties utiles pour souder le groupe. Que chacun soit vivement remercié pour son engagement.

Aujourd'hui, le groupe libéral-radical latin de l'Assemblée fédérale se compose de 16 parlementaires romands et tessinois tous issus du Parti libéral-radical suisse, soit 13 conseillers nationaux et 3 conseillers aux Etats. Les membres par ordre alphabétique sont: Fabio Abate (TI), Philippe Bauer (NE), Frédéric Borloz (VD), Jacques Bourgeois (FR), Ignazio Cassis (TI), Raphaël Comte (NE), Fathi Derder (VD), Olivier Feller (VD), Olivier Français (VD), Benoît Genecand (GE), Hugues Hiltpold (GE), Isabelle Moret (VD), Philippe Nantermod (VS), Christian Lüscher (GE), Giovanni Merlini (TI) et Laurent Wehrli (VD).

Les thématiques abordées sont déterminées en fonction des programmes des sessions. Il va sans dire que la stratégie énergétique 2050, la troisième réforme de l'imposition des entreprises, la politique agricole ou encore la prévoyance vieillesse sont des sujets centraux qui vont être abordés au sein du groupe latin.

Evolution du groupe de 1999 à aujourd'hui

	Parlementaires latin RL	Groupe RL	Part en pourcent
2015–2019	16	46	34,78 %
2011–2015	14	41	34,14 %
2007–2011	17	47	36,17 %
2003–2007	18	54	33,33 %
1999–2003	17	60	28,33 %

Verbesserung der sozialen Sicherung

Zivilgesellschaftliche Lösungen als Gewinn für alle

Die demografische Entwicklung mit den sehr stark steigenden Zahlen von Menschen im Rentenalter und sinkenden Zahlen von Erwerbstätigen hat in der Gesamtheit schwer abschätzbare Folgen – aber sicher hohe Folgekosten. Eine Basisverbreiterung der sozialen Sicherung mit einem nicht direkt von Geld und wirtschaftlicher Entwicklung abhängigen Modell kann Kosten senken oder wenigstens nicht ansteigen lassen.

Susanna Fassbind,
Co-Präsidentin des Vereins KISS

Der Wunsch der meisten Babyboomer ist, in ihrem Zuhause selbständig und eigenverantwortlich älter zu werden und zu sterben, also nicht in ein Pflegeheim einzutreten. Aber: Vor allem die zu erwartende Beinaheverdoppelung der Menschen über 80 Jahre mit steigendem Pflegebedarf, weniger familiärer Unterstützung, kaum Hilfe aus der meist unbekanntesten Nachbarschaft und Abnahme der Freiwilligenarbeit reduzieren das Potenzial für Unterstützung zuhause. Die wünschbare Erhöhung des Rentenalters und damit etwas Entlastung für die Erwerbstätigen reduzieren die für die öffentliche Hand stark gestiegenen und weiter steigenden Pflege- und Gesundheitskosten nicht. Also sollten auch Ressourcen miteinbezogen wer-

den, die ausserhalb des Finanz- und Geldkreislaufes verfügbar sind. Die sogenannte vierte Vorsorgesäule KISS baut auf den Ressourcen der Menschen und nicht auf ihrer Finanzkraft auf. Jeder Mensch hat Ressourcen, davon geht KISS aus.

So funktioniert das Modell KISS

Basierend auf Eigenverantwortung und zivilgesellschaftlichem Engagement baut KISS auf. Der 2011 gegründete Dachverein KISS unterstützt Interessierte, Organisationen, Gemeinden und Kantone mit fachlichem Know-how beim Aufbau von zu gründenden lokalen oder regionalen Genossenschaften. So haben alle schweizweit entstehenden Genossenschaften gleiche verbindliche Standards und Rechtsgrundlagen.

Der Dachverein stellt den Genossenschaften unentgeltlich Grundlagen



Susanna Fassbind

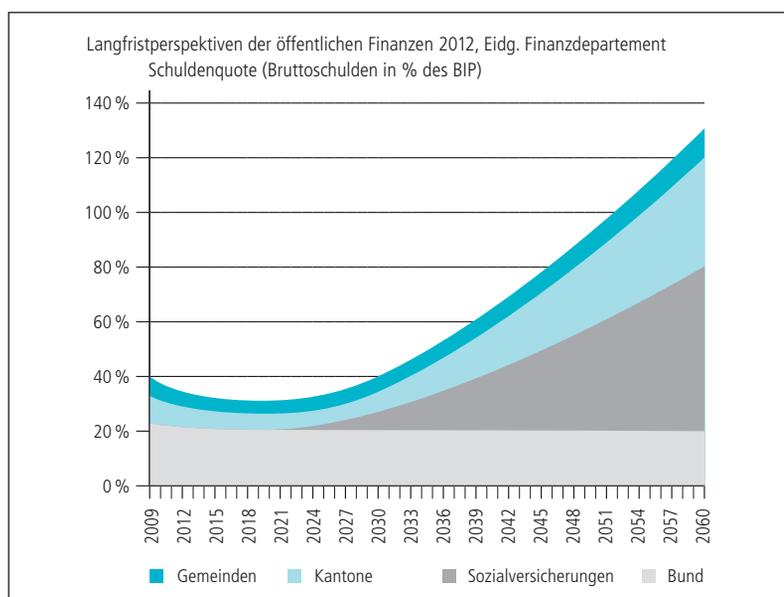
Marketingfachfrau, 18 Jahre ETH-Dozentin zu Marketing für Nachhaltigkeit, Beratung von Gemeinden und Heimen zu Altersfragen und neuen Wohnformen, Öffentlichkeitsarbeit für Behörden zu Lösungen von Alters- und Betreuungsfragen. Gewinn von Swiss-Re-Milizpreis 2015 und Wunsch-Schloss 1. Preis.

Seit 2012 Co-Präsidentin des Vereins KISS www.kiss-zeit.ch



Zeit bleibt wertvoll

Seit drei Jahren setzen drei Genossenschaften KISS um und erfahren damit hohe Wertschätzung und viel Engagement aus der Bevölkerung und von Gemeinden. 2016 werden fünf bis sechs neue Genossenschaften gegründet, weitere sind im Aufbau. Über zwei Jahre bis Anfang 2017 wird KISS von der ETHZ evaluiert. Zusätzlich wird bis Anfang April 2016 vom Büro BASS eine Studie zur Quantifizierung des Nutzens für die öffentliche Hand erstellt. Die Finanzierung der Grundlagen erfolgt bis jetzt über Stiftungen und Lotteriefondsgelder; die Kosten für den Betrieb in den Genossenschaften leisten Gemeinden und lokale Organisationen.



zur Verfügung wie die geschützte Marke KISS, Corporate Identity und Design, Software zur Bewirtschaftung der Zeitgutschriften, Website, Know-how beim Aufbau, Zusammenarbeit für Informationsveranstaltungen, rechtliche Klärungen (Steuern, AHV, Versicherungen, Benevol-Richtlinien, usw.), Evaluationsarbeiten und weitere.

Jede geleistete Stunde ist gleich viel wert, egal ob Zuhören oder Einkäufe. So behält die nicht mit Geld besicherte Stunde immer den gleichen Wert im

Gegensatz zu inflationärem Geld. Die Stunden werden mit dem KISS-spezifischen EDV-Programm erfasst, gespeichert, eingezogen oder können verschenkt werden. Fachkräfte organisieren Gebende und Nehmende, die zueinander passen, und klären die Hilfestellungen. Ausdrücklich ausgeschlossen ist Pflege. So haben Genossenschaften und Verein KISS Schweiz Übersicht und Gewissheit, dass die Dienstleistungen fachlich kompetent und mit Herz erbracht werden.

Durchsetzungsinitiative

NEIN zur Durchsetzungsinitiative

Die SVP gibt vor, mit der Durchsetzungsinitiative schwer kriminelle Ausländer ausschaffen zu wollen. Doch das Parlament hat die Ausschaffungsinitiative bereits hart, fristgerecht und gemäss dem Volkswillen umgesetzt. Dieses Umsetzungsgesetz ist sehr scharf und beinhaltet den von den Initianten verlangten Automatismus zur Ausschaffung von Ausländern. Einziger Vorbehalt ist, dass es eine Beschränkung bei schweren persönlichen Härtefällen gibt, was ein Minimum an Rechtsstaatlichkeit wahrt. Die Durchsetzungsinitiative ist daher unnötig. Es gibt nichts «durchzusetzen».

Andrea Caroni, Ständerat AR



Die Durchsetzungsinitiative ist in vielerlei Hinsicht schädlich: So würden gewisse Bagatelldelikte zur automatischen Ausschaffung führen. Das hat zwei Gründe: Zum einen umfasst die Durchsetzungsinitiative – anders als die Ausschaffungsinitiative und unser neues Gesetz – neu nicht nur Verbrechen und

schwere Vergehen, sondern auch viele geringe Vergehen, also Bagatelle. Zum andern kennt sie keine Härtefallklausel. Sie betrifft also auch bestintegrierte Ausländer, Familienväter und Secondos. Dies zeigt, dass das Verhältnismässigkeitsprinzip mit Füssen getreten wird.

Des Weiteren ist die Initiative ein Angriff auf die Grundrechte und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Die Durchsetzungsinitiative hebt entscheidende Grundrechte aus und stellt den bewährten

Menschenrechtsschutz der EMRK in Frage. Die Gefährdung der EMRK durch die Initiative ist deshalb nicht nur ein Angriff auf die Rechte der marginalisierten Gruppe der straffälligen Ausländer, sondern eine Attacke auf die Rechte von uns allen.

Zudem ist die Initiative ein Angriff auf unsere traditionellen Institutionen. Sie hebt die Gewaltenteilung aus und zerstört eingespielte und gut funktionierende Abläufe. Sie ist zutiefst unschweizerisch.

Auch die Bilateralen werden durch

die Durchsetzungsinitiative angegriffen. Die automatische Ausschaffung selbst bei Bagatelldelikten widerspricht der Personenfreizügigkeit mit der EU. Das stellt einen zusätzlichen und unnötigen Stolperstein für die Verhandlungen mit der EU zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) dar.

Fazit: Was das Volk 2010 bestellt hat, hat es erhalten; ein hartes Ausschaffungsgesetz. Die Durchsetzungsinitiative ist daher unnötig – und dazu schädlich.

**Nicht nötig,
weil bereits
pfefferscharf
umgesetzt**



**Hilft
niemandem,
schadet
allen.**



AM 28. FEBRUAR



Juso-Spekulationsinitiative

NEIN zur Juso-Spekulationsinitiative

Die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» der Jungsozialisten (Juso) gibt vor, den Hunger in der Welt lindern zu wollen. Ein an sich hehres Ziel, welches die Initiative aber verfehlt. Ein Spektationsverbot wäre wirkungslos gegen Hunger, letztlich aber folgenreich für viele Unternehmen und Menschen in der Schweiz.

Beat Walti, Nationalrat ZH



Die Initiative ist vielleicht gut gemeint, jedoch schlecht durchdacht: Das ganze Anliegen der Initianten beruht auf der nicht belegten Behauptung, spekulative Geschäfte an internationalen Terminbörsen würden Nahrungsmittelpreise in von Hunger betroffenen Ländern in die Höhe treiben. Die Wirtschaftswissenschaften gehen je-

doch vom genauen Gegenteil aus, in zahlreichen Studien wird ein solcher Zusammenhang widerlegt. Gerade bei heftigen Preisbewegungen in den letzten Jahren zeigte sich kein Zusammenhang mit den Aktivitäten an den Terminmärkten. Davon unbeeindruckt setzen die Jungsozialisten mit ihrer Initiative aber Arbeitsplätze und Wohlstand aufs Spiel.

Dies wohlgermerkt nicht nur in der Schweiz, sondern auch bei ausländischen Produzenten. Sie sind auf Termingeschäfte angewiesen, um ihre zukünftigen Produktionserträge ab-

sichern zu können. Der Initiativtext gibt zwar vor, solche Geschäfte vom Verbot auszunehmen. Eine Trennung wäre aber selbst mit einem regelrechten Bürokratiewahn kaum möglich, denn jeder einzelne Vertrag müsste durch eine neu zu schaffende staatliche Aufsichtsbehörde kontrolliert werden.

Diese unnötige Überregulierung würde der Schweizer Wirtschaft schaden: Unternehmen aus dem bedeutenden Rohstoffhandelsbereich (3,9 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt) würden ins Ausland abwandern, mit

ihnen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.

Die Jungsozialisten ignorieren die wirklichen Ursachen für hohe Preise auf lokalen Märkten, welche letztlich zu Hunger führen, und pflegen lieber ideologische Feindbilder: den Finanzmarkt. Ihre Initiative wird das Hungerproblem höchstens verschärfen und den Standort Schweiz schwächen. Werfen Sie deshalb am 28. Februar – ohne schlechtes Gewissen! – ein überzeugtes Nein in die Urne, und erteilen Sie dieser wirkungslosen, aber folgenreichen Vorlage eine Absage!

Gotthard-Strassentunnel

JA zur zweiten Gotthardröhre

Der 1980 eröffnete Gotthard-Strassentunnel ist mit 16,9 Kilometern Länge der viertlängste Strassentunnel der Welt. Täglich wird er von mehr als 17 000 Fahrzeugen durchquert. Als wichtigste Verbindung zwischen der Deutschschweiz und dem Tessin verbindet er uns zudem mit dem für uns sehr wichtigen Wirtschaftsraum Norditalien. Allein mit der Lombardei beträgt unser jährliches Handelsvolumen rund 18 Milliarden Franken.

Damian Müller, Ständerat LU



Der Gotthardtunnel ist Wirtschaftsmotor und Garantie für den nationalen Zusammenhalt der Schweiz. Nun muss er nach rund 40 Betriebsjahren totalsaniert und deshalb für über 300 Tage geschlossen werden. Es drohen eine erhebliche Erschwe-

erung der Wirtschaftsbeziehungen, eine Abkapselung des Tessins vom Rest der Schweiz und ein deutlicher Mehrverkehr auf den Alternativrouten.

Jede künftige Generation wird mit einer weiteren Sanierung konfrontiert werden, eine solche wird alle 40 Jahre nötig. Wenn wir jetzt die zweite Röhre wählen, werden wir bereits bei der zweiten Sanierung tiefere Kosten generieren als mit dem temporären Aufbau von Verladerrampen.

Der Betrieb mit einem Fahrstreifen pro Richtung wird mit dieser Vorlage im Gesetz niedergeschrieben und ist somit referendumpflichtig und kann nicht einfach hintergangen werden. Hinzu kommt, dass eine Ausweitung auf vier Spuren der Alpeninitiative widerspricht und somit einer Verfassungsänderung bedarf. Politisch wird es unmöglich sein, diese Bestimmungen zu umgehen, auch wenn die Gegner einer zweiten Röhre das Gegenteil

behaupten. Ausserdem können wir mit einer zweiten Röhre Sicherheitsprobleme lösen: Fatale Frontalkollisionen können verhindert werden, es gäbe neue Pannestreifen und Rettungskräfte wären schneller und sicherer bei einem allfälligen Unfallort. Das alles rettet Leben! Der Sanierungstunnel am Gotthard ist eine nachhaltige, durchdachte Lösung, die mich überzeugt. Sie führt zu mehr Sicherheit im Gotthardtunnel und sichert den Alpenschutz.

Ein sicherer Gotthard für die ganze Schweiz.

Der Gotthard-Strassentunnel muss saniert werden. Der Bau einer zweiten Röhre ist die beste Lösung.

Die Verkehrssicherheit steigern.

Im 17 km langen und engen Gotthard-Tunnel kommt es pro Stunde durchschnittlich zu 75 000 Kreuzungen. Pannestreifen gibt es keine. Das Unfallrisiko ist hoch. Im Schnitt jährlich ein Todesopfer im Tunnel ist zu viel. Der Gotthard muss dringend die heutigen Sicherheitsstandards erfüllen.



2001 verloren nach einer Frontalkollision mit Lastwagen 11 Menschen das Leben.

Handelsverbindung sichern.

Norditalien ist einer der wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Die Verbindung zu diesem wichtigen Markt dürfen wir nicht kappen. Der Gotthard-Tunnel hat direkten Einfluss auf die Exportstärke unseres Landes und auf unsere tägliche Versorgung.

Tunnel intelligent sanieren.

Nur eine zweite Röhre sichert den durchgehenden Betrieb und eine nachhaltige Sanierung. Die Sanierung wird finanziell günstiger als bei Verladeprovisoren, die für viel Geld wieder abgerissen werden müssen. Künftige Unterhaltsarbeiten

können effizienter durchgeführt werden und belasten nicht die kommenden Generationen.



Die Verladeanlagen wären grösser als die beim Eurotunnel.

Die Landschaften schonen.

Für teure Verladeanlagen wollen die Gegner in den engen Alpenfällern eine Fläche von 22 Fussballfeldern verbauen. Statt durch den Tunnel soll der Verkehr über die Pässe geleitet werden. Eine zweite Röhre schont die Umwelt.

Unser Land zusammenhalten.

Die Schweiz darf nicht ganze Landesteile wie das Tessin oder den Kanton Uri abschotten und im Stich lassen. Die Sanierung mit einer zweiten Röhre ist mit Abstand die beste Lösung. Nur so verbindet der Gotthard verschiedene Regionen und Kulturen zu einer sicheren und starken Schweiz.

gotthard tunnel sicher ja⁺

gotthard-tunnel-ja.ch

Überparteiliches Komitee «Gotthard Tunnel sicher JA», Schwarztorstr. 26, 3001 Bern

«80'000 Ehepaare würden begünstigt, aber 1.2 Millionen Singles benachteiligt: Solidarität nicht überstrapazieren bitte!»

Doris Fiala
Nationalrätin, ZH



«Die rückständige CVP-Initiative versperrt den Weg zur Individualbesteuerung. Diese ist aber der einzige Weg, alle Lebenspartnerschaften gleich zu behandeln.»

Hans-Peter Portmann
Nationalrat, ZH



Am 28. Februar: Nein zur CVP-Initiative!

CVP-Initiative

NEIN zur CVP-Initiative

Hans-Peter Portmann,
Nationalrat ZH



Die CVP-Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe ist in vielerlei Hinsicht sinnlos. Zwar unterstützt auch die FDP die Abschaffung der Heiratsstrafe – die CVP hat mit ihrem Umsetzungsvorschlag allerdings ganz schön danebengegriffen. Ihre Initiative führt zu neuen Ungerechtigkeiten und verbietet mit der Individualbesteuerung die optimale Variante zur Abschaffung der Heiratsstrafe.

Die Heiratsstrafe existiert zwar tatsächlich noch, allerdings nur noch für geschätzte 80000 Ehepaare. Seit der bundesgerichtlichen Rüge haben viele Kantone ihre Besteuerung angepasst. Heute wird die Mehrheit der Ehepaare auf kantonaler Ebene gegenüber Konkubinatspaaren gleich behandelt oder gar bevorteilt.

Der Initiativtext sieht vor, dass Ehepaare in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden. Dies begünstigt vor allem das traditionelle Familienmodell der Einverdienerreihe und verunmöglicht gleichzeitig die Individualbesteuerung, welche die deutlich bessere Lösung darstellt. Da-

durch kommt es zwangsweise zur Benachteiligung des Zweiteinkommens, was immer noch mehrheitlich dasjenige der Frau ist. Nur die Individualbesteuerung ist sowohl geschlechts- wie auch zivilstandunabhängig. Sie würde die Erwerbsarbeit belohnen, anstatt sie steuerlich zu bestrafen. Mit der CVP-Initiative würde man also lediglich eine Diskriminierung durch eine andere ersetzen, weshalb der Nutzen der Initiative in keiner Weise mit den geschätzten Kosten von 2,3 Milliarden mithalten kann.

Gemäss den Initianten ist die erstmalige Diskriminierung von Homosexuellen in der Verfassung lediglich

ein Detail. Aber gerade dadurch ignoriert die CVP krass gesellschaftliche Realitäten, proklamiert ein veraltetes Familienbild und diskriminiert so gleichgeschlechtliche Paare – und das alles ohne jeglichen Bezug zum eigentlichen Initiativanliegen.

Ich möchte Sie deshalb in aller Form bitten, die CVP-Initiative abzulehnen, denn sie ist zu teuer für eine schlechte Lösung. Unterstützen Sie uns hingegen im Kampf für die Individualbesteuerung, davon profitieren alle, und zwar ohne Diskriminierungen.

Der Wahlkampf geht weiter

Mobilisierung ist auch in den Kantonen alles

Kaum ist der nationale Wahlkampf vorbei, geht es für viele Kantone in diesem Jahr schon wieder um die Neubesetzung der kantonalen und kommunalen Parlamente und Regierungen. Es gilt daher, den Schwung aus dem letzten Jahr mitzunehmen und wiederum mit vollem Einsatz die Wählenden von den Stärken der FDP und ihrer Kandidierenden zu überzeugen.

Vincenzo Pedrazzini, Wahlkampfleiter

Gleich in sieben Kantonen stehen 2016 Gesamterneuerungswahlen für die Legislative und die Exekutive an. Den Anfang machen Uri, St. Gallen und Thurgau am 28. Februar. Betrachtet man die Resultate der nationalen Wahlen, dürfen wir uns berechnete Hoffnungen machen, auch auf kantonaler Ebene zulegen zu können.

Sportliche Ziele in St. Gallen

In St. Gallen gelang auf eigene Faust nicht nur die glanzvolle Verteidigung

des Ständeratsmandats, vielmehr kann die FDP St. Gallen seit dem 18. Oktober 2015 neu zwei Nationalräte nach Bern schicken. Bei den Wähleranteilen legte die FDP zwei Prozent zu. Gute Voraussetzungen führen zu sportlichen Zielen, so will die FDP St. Gallen drei Sitze im Kantonsrat gewinnen und die beiden Regierungssitze verteidigen. Zu den Regierungswahlen treten der bisherige Vorsteher des Departements für Inneres, Martin Klöti, und der langjährige Kantonsrat und FDP-Präsident Marc Mächler an. Zusätzlich bewerben sich 152 Kantonsratskandi-

datinnen und -kandidaten in allen Wahlkreisen um einen Sitz für die FDP. Im Wahlkampf setzen die St. Galler dabei auf eine grosse Präsenz auf der Strasse und hunderte Blachen und Plakate im ganzen Kanton.

Ein neues Gesicht für die Thurgauer Regierung

Der Kanton Thurgau wählt am 28. Februar nur die Regierung neu. Das Ziel der FDP ist es, den Sitz des abtretenden Kaspar Schläpfer zu verteidigen. Diese Aufgabe übernimmt mit viel Engagement und einem grossen Leistungsausweis Walter Schönholzer, seit

2009 Mitglied des Grossen Rates und seit 2013 Präsident der Thurgauer FDP. In seinem Wahlkampf kann er auf die Basis zählen, welche bereits bei den Nationalratswahlen mit grossem Einsatz, neuen Ideen und kreativen Aktionen dafür sorgte, dass erneut ein FDP-Nationalrat die Bevölkerung des Kantons Thurgau in Bern vertritt.

Mehr als nur verteidigen in Uri

Nach der Wahl von Josef Dittli in den Ständerat gilt es für die FDP in Uri, ihre Sitze zu verteidigen. Doch die FDP will mehr und tritt daher mit drei Regierungsratskandidaten an. Die Bisherige Barbara Bär stellt sich zusammen mit Toni Epp und Urs Janett zur Verfügung. Gemeinsam ist den drei Kandidaten ihre langjährige politische Erfahrung und ihr Einsatz für den Kanton Uri. Im Landrat stellt die FDP die zweitgrösste Fraktion. Erklärtes Ziel ist es, weitere Sitze zu gewinnen und neue Köpfe ins Parlament zu bringen.

Mobilisierung weiter vorantreiben

Damit der Erfolg vom Oktober 2015 auch in den Kantonen weitergeführt werden kann, gilt es, die Mobilisierung weiter voranzutreiben. Wichtig ist dabei, dass auch in Kantonen ohne Wahlen die FDP-Sektionen und die Mitglieder aktiv bleiben. Unser Einsatz für die Werte Freiheit, Gemein-sinn und Fortschritt geht weiter. Es gilt, der Wählerschaft beständig aufzuzeigen, dass die FDP sich dafür einsetzt, Arbeitsplätze zu schaffen, die Sozialwerke zu sichern und Bürokratie abzubauen. Dadurch können wir den Grundstein für die Weiterentwicklung des Erfolgsmodells Schweiz und eine liberale Politik legen.

Im Namen der gesamten Parteispitze danke ich Ihnen für Ihren Einsatz für die FDP.



Die FDP St. Gallen geht mit Schwung in die kantonalen Wahlen 2016.

BILD: IMAGEVIDEO FLAWIL, BEAT SCHILTKNECHT

Interview mit Nationalrat Marcel Dobler

«Das Können liegt im Wollen»

Marcel Dobler wurde im vergangenen Oktober von der St. Galler Bevölkerung neu in den Nationalrat gewählt. Vor seinem politischen Engagement war er Co-Gründer von Digitec und baute das Unternehmen zum erfolgreichsten Schweizer Onlineshop für IT, Unterhaltungselektronik und Telekommunikation aus.

Marcel Dobler, Sie sind ein erfolgreicher Start-up-Unternehmer. Nun sind Sie der Start-up-Nationalrat. Was gefällt Ihnen besser?

Beides gefällt mir sehr gut. Mein neues Leben als Neo-Nationalrat macht mir Spass, und ich bin top motiviert, einen Beitrag zur Erhaltung des Erfolgsmodells Schweiz zu leisten. Das ist wichtiger denn je. Im Moment gefällt mir der Gedanke sehr gut, beides zu machen. Ich möchte mich in naher Zukunft unbedingt wieder unternehmerisch engagieren.

Wo liegt Ihr politischer Fokus?

Aufgrund meiner Vergangenheit sind mir der Wirtschaftsstandort Schweiz und die KMU sehr nah. Mein aktueller Fokus liegt hier auf dem leider nicht zeitgemässen und praxisfremden Arbeitsgesetz, dem Erhalt der bilateralen Verträge und dem Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz. Leider gibt es nach wie vor sehr viele technische Handelshemmnisse, die einen freien Markt behindern.

Mein zweiter Fokus liegt in der Einarbeitung in die Themen der Sicherheitskommission. Terrorismus, Cyberkriminalität und neue Anschaffungen werden uns in naher Zukunft beschäftigen. Ich freue mich auf die Arbeit in den Kommissionssitzungen.

Wofür werden Sie sich einsetzen?

Freiheit ohne Sicherheit ist nicht möglich, und diese Sicherheit hat ihren Preis. In diesem Spannungsfeld möchte ich mich für einen effizienten Einsatz der Steuergelder stark machen und Anschaffungen und Projekte auch kritisch hinterfragen. Ich bin über-



Marcel Dobler am Weltcup in Salt Lake City (USA).

zeugt, mit meinem Hintergrund als Unternehmer, IT-Spezialist und Militärpolizeigrenadier einen wertvollen Beitrag leisten zu können.

Als 35-jähriger Nationalrat sind Sie auch Botschafter der jungen Generation im Parlament. Wie vertreten Sie diese?

Mit meinem Jahrgang 1980 gehöre ich zum ersten Jahrgang der Generation Y. Ich bin mit dem Internet und den neuen technischen Möglichkeiten aufgewachsen und betrachte deshalb viele Themen aus einem anderen Blickwinkel als ältere Generationen. Eines der wichtigsten Themen für die jüngere Generation ist eine sichere Altersvorsorge. Wir brauchen einen intakten Genera-

tionenvertrag. Es darf nicht sein, dass die Generation Y die ungedeckte Kreditkarte älterer Generationen ist.

Wie begeistern Sie Junge von der Politik?

Das mittlere Durchschnittsalter von 54 Jahren bei Abstimmungen zeigt das grosse Mobilisierungspotenzial bei den Jungen. Durch meine Geschichte und meine direkte Art hoffe ich, meine Generation mehr für Politik begeistern zu können. Sehr gerne stehe ich auch Schulklassen in Bern während der Sessionen zur Verfügung, um ihnen einen Einblick in unsere Arbeit zu geben und Rede und Antwort zu stehen. Ich engagiere mich auch an Anlässen und werde hier etwas bewegen.

Sie sind nicht nur Unternehmer und Nationalrat, sondern auch Spitzensportler. Was treibt Sie an?

Ich bin und war immer schon ehrgeizig gewesen. Ich bin es mir gewohnt, hohe Ziele zu setzen und diese beharrlich und zielorientiert zu verfolgen. Wer nichts versucht, kann auch nichts schaffen. So war es auch bei meiner Wahl. Es macht mir Spass, mich zu verbessern und etwas zu unternehmen. Der Leistungsgedanke war bei mir immer sehr wichtig.

Wie bringen Sie Politik und Spitzensport unter einen Hut?

Sport ist für mich neben dem Beruf der ideale Ausgleich. Trotz der physischen Anstrengungen war es immer mehr eine Bereicherung als eine Belastung. Ein vielfältiges Umfeld mit unterschiedlichen Gesetzmässigkeiten bringt einen auf neue Ideen. Die wohl treffendste Antwort auf Ihre Frage ist: Das Können liegt im Wollen.

Sie haben Ende Januar in Salt Lake City (USA) Ihren ersten Weltcup-Einsatz im Bobsport gehabt. Was nehmen Sie aus dieser Erfahrung in die Politik mit?

Mein Ziel war, erste Erfahrungen zu sammeln. Wir hoffen, uns mit dieser Teilnahme einen festen Weltcup-Platz für das nächste Jahr zu sichern. Politisch haben mich einmal mehr die liberalen Ladenöffnungszeiten der Amerikaner beeindruckt. Nur Geschäfte, für die es sich auch wirtschaftlich lohnt, haben lange Ladenöffnungszeiten. Gerade bei grenznahen Geschäften in der Schweiz sind unsere Ladenöffnungszeiten mit Blick auf den Einkaufstourismus ein Problem.

Neue FDP-Parlamentarier im Nationalrat

Alle Köpfe auf einen Blick



NR Thierry Burkart
Kanton Aargau
Rechtsanwalt



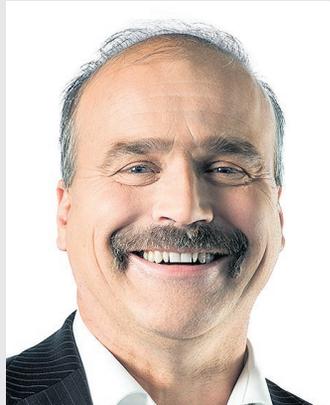
NR Matthias Jauslin
Kanton Aargau
Unternehmer



NR Christoph Eymann
Kanton Basel-Stadt
Regierungsrat



NR Benoît Genecand
Kanton Genf
Unternehmensberater



NR Philippe Bauer
Kanton Neuenburg
Rechtsanwalt



NR Marcel Dobler
Kanton St. Gallen
Unternehmer



NR Hermann Hess
Kanton Thurgau
Unternehmer/Pianist



NR Frédéric Borloz
Kanton Waadt
Buchhalter



NR Laurent Wehrli
Kanton Waadt
Selbständig



NR Philippe Nantermod
Kanton Wallis
Rechtsanwalt



NR Hans-Ulrich Bigler
Kanton Zürich
Ökonom/Direktor SGV



NR Regine Sauter
Kanton Zürich, Direktorin
Zürcher Handelskammer

Neue FDP-Parlamentarier im Ständerat

Alle Köpfe auf einen Blick



SR Andrea Caroni
Kanton Appenzell Ausserrhoden
Rechtsanwalt



SR Philipp Müller
Kanton Aargau
Generalbauunternehmer



SR Damian Müller
Kanton Luzern
Leiter Verkauf Aussendienst



SR Hans Wicki
Kanton Nidwalden
Regierungsrat



SR Josef Dittli
Kanton Uri
Regierungsrat



SR Olivier François
Kanton Waadt
Ingenieur EPFL



SR Ruedi Noser
Kanton Zürich
Unternehmer

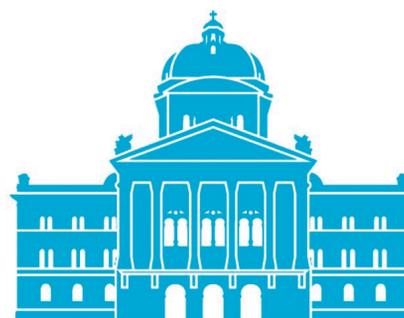
50. Legislatur (2015 - 2019)



33
Nationalräte

2
Bundesräte

13
Ständeräte



Delegiertenversammlung Schwyz

Mit einem stolzen Blick zurück und einem klaren Blick in die Zukunft

An der ersten Delegiertenversammlung dieses Jahres dominierten die vier Abstimmungsvorlagen vom 28. Februar. Die Delegierten lehnten die Durchsetzungsinitiative ab, sagten Ja zur 2. Röhre am Gotthard und sprachen sich gegen die CVP-Initiative aus. Die Parteiprääsidentenkonferenz fasste die Nein-Parole zur Juso-Spekulationsinitiative.

An einem verschneiten 16. Januar hiess Nationalrätin Petra Gössi mehr als 270 Delegierte, Bundespräsident Johann Schneider-Ammann, Parteipräsident Philipp Müller und zahlreiche Gäste in Schwyz willkommen. Gleich zu Beginn liess ein Kurzfilm die schönsten Momente aus dem erfolgreichen Wahljahr 2015 Revue passieren.

Parteipräsident Philipp Müller bedankte sich herzlich für die gemeinsame Anstrengung im Wahlkampf. Er forderte in einem Appell mehr Inhalt und weniger Polemik in der Politik, indem «weniger geredet und mehr gesagt» wird.

Auch Bundespräsident Johann Schneider-Ammann fand klare Worte: «Um das Erfolgsmodell Schweiz zu stärken, müssen wir uns gemeinsam für verbesserte Rahmenbedingungen, für einen flexiblen Arbeitsmarkt und eine intakte Sozialpartnerschaft, für weniger Bürokratie



Die Delegierten geben ihre Stimmen ab.



Empfang an der Delegiertenversammlung.

sowie für genügend Mittel zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation einsetzen.»

Die Delegierten verabschiedeten sich von der Ende 2015 zurückgetretenen Fraktionspräsidentin Gabi Huber mit einer Standing Ovation und dankten ihr mit dieser schönen Geste für ihren unermüdlischen Einsatz für die FDP und die liberalen Grundwerte der Schweiz. Auch verabschiedeten sie die ehemaligen Parlamentarierinnen und Parlamentarier und hiessen die neugewählten herzlich willkommen. Die FDP-Liberale Fraktion freut sich, neu mit 46 Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Bundeshaus vertreten zu sein.

Parolenfassung für den 28. Februar 2016: Dreimal Nein, einmal Ja

Die Delegierten lehnten mit 263 Nein zu 8 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung die Durchsetzungsinitiative klar ab. Die Abstimmung zum Gotthardstrassentunnel wurde von einer aktiven Debatte begleitet. Die Delegierten hiessen schliesslich die 2. Gotthardröhre mit 266 Ja bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung gut.

Auch der CVP-Initiative wurde eine klare Absage erteilt: Mit 240 zu 9 bei 12 Enthaltungen beschlossen sie die Nein-Parole. Die Juso-Spekulationsinitiative wurde bereits am Tag zuvor von den Präsidenten der Kantonalparteien einstimmig abgelehnt.



Alt Fraktionspräsidentin Gabi Huber wird verabschiedet.



Alt Vize-Fraktionspräsident Felix Gutzwiller wird verabschiedet.



Parteipräsident Philipp Müller.

Für unsere Besten nur das beste Netz.

Wir geben alles, damit wirklich all unsere Kunden vom besten Netz profitieren können. Darum wurde das Mobilfunknetz von Swisscom schon zum 7. Mal in Folge zum besten der Schweiz erklärt. Swisscom.ch/connect

Willkommen im Land der Möglichkeiten.

7 Jahre in Folge
connect
TESTSIEGER
Swisscom
Mobilfunknetztest Heft 1/2016
www.connect.de/specials/netztest





Bundespräsident Johann Schneider-Ammann



Nationalratspräsidentin Christa Markwalder



Ständeratspräsident Raphaël Comte

Unsere drei Präsidenten

In Bundesbern stark vertreten

Mit Johann Schneider-Ammann als Bundespräsident, Christa Markwalder als Nationalratspräsidentin und Raphaël Comte als Präsident des Ständerats startet FDP.Die Liberalen optimal vertreten in die 50. Legislatur.

Ständerat Philipp Müller, Präsident FDP.Die Liberalen

Mit guten Vorsätzen und grossem Engagement beginnen wir das neue Jahr. Neben einem super Wahlergebnis im letzten Oktober, besetzen im 2016 gleich drei FDP-Exponenten die höchsten Posten der Schweiz: Johann Schneider-Ammann als Bundespräsident, Christa Markwalder als Nationalratspräsidentin und Raphaël Comte als Präsident des Ständerats. 2016 wird ein liberales Jahr!

In der wirtschaftlichen und politischen Grosswetterlage, in welcher sich die Schweiz heute befindet, braucht es eine erfahrene und sichere Führung. Bundespräsident Johann Schneider-Ammann ist ein sicherer Steuermann in turbulenten Gewässern: Der starke Franken setzt die Wirtschaft weiterhin unter Druck, die Beziehungen zur Europäischen Union stehen auf wackeligen Füßen, die innere Sicherheit ist bedroht und die anhaltenden Migrationsströme stellen uns vor grosse

Herausforderungen. Bundespräsident Johann Schneider-Ammann arbeitet mit aller Kraft daran, dass hier Lösungen gefunden werden. Die Schweiz ist ein eigenständiger Staat, eingebunden in Europa. Der Erhalt des bilateralen Weges – und damit verbunden die Sicherung vieler Arbeitsplätze – haben oberste Priorität. Als Bildungs- und Forschungsminister engagiert er sich zudem stark für die langfristige Einbindung der Schweiz im Forschungsprogramm Horizon 2020. Im Inland liegt ihm die Stärkung des Werkplatzes Schweiz durch verlässliche Rahmenbedingungen besonders am Herzen. Ein starkes Unternehmertum fusst letztlich auf einem liberalen Arbeitsmarkt. Seinem Motto des Präsidentschaftsjahres «Gemeinsam für Jobs und unser Land» treu, wird er weiterhin für jeden Arbeitsplatz in unserem Land kämpfen. In einer zunehmend globalisierten Welt ist die Erschliessung neuer Märkte ein zentraler Bestandteil einer fortschrittlichen, erfolgreichen und liberalen Wirt-

schaftspolitik. Mit dem 2014 unterzeichneten Freihandelsabkommen mit China wurde das Tor für die Schweizer Exportindustrie weit aufgestossen. Mit dem Abschluss dieses Abkommens hat Bundespräsident Johann Schneider-Ammann eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie mit Mut und Vertrauen in die eigenen Stärken Ausserordentliches zu erreichen ist. Mit dieser Einsicht wird er die Schweiz in seinem Präsidentschaftsjahr durch bewegte Gewässer lotsen.

Für Respekt und Diversität

Als Nationalratspräsidentin dirigiert Christa Markwalder das Orchester der Grossen Kammer. Sie wirkt seit 2003 im Nationalrat und bleibt weiterhin Mitglied der Kommission für Rechtsfragen sowie der Aussenpolitischen Kommission. Als Politikerin mit viel Erfahrung versteht sie es, auch bei erhitzten Debatten und roten Köpfen, die Aufmerksamkeit stets auf die Geschäfte im Rat zu lenken. Für Nationalratspräsidentin Christa Mark-

walder zählt vor allem der «Respekt vor den politischen Institutionen, unseren Grundwerten, den sprachlichen Minderheiten und dem Völkerrecht». «Respekt» ist denn auch das Leitmotiv ihrer Präsidentschaft.

Der als diskret und umgänglich bekannte Raphaël Comte präsidiert dieses Jahr den Ständerat. Der 36-jährige Neuenburger wurde 2010 als Ersatz für den in den Bundesrat gewählten Didier Burkhalter in den Ständerat gewählt. Der Jurist war bis anhin Mitglied der Kommission für Rechtsfragen, der Staatspolitischen Kommission, der Redaktionskommission sowie der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Ständeratspräsident Raphaël Comte wird die Kleine Kammer mit ruhiger und bestimmter Hand führen und auch in turbulenten Situationen die Übersicht bewahren.

Ich wünsche unseren drei Präsidenten viel Freude und Erfolg in ihrem Amt.

FDP-Liberale Fraktion

Neues Präsidium der FDP-Liberalen Fraktion

Mit Beginn der 50. Legislatur wurde auch das Präsidium der FDP-Liberalen Fraktion neu besetzt. Nationalrat Ignazio Cassis präsidiert die Fraktion, Ständerat Thomas Hefti und Nationalrat Beat Walti amtieren als Vize-Präsidenten.

Die FDP-Liberale Fraktion im Bundeshaus vereinigt alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier der FDP. Die Liberalen Schweiz. Die Fraktion berät wichtige Geschäfte, die in National- und Ständerat behandelt werden. Die wichtigste Funktion hat der Fraktionspräsident inne, welcher die Fraktionsmitglieder durch die Sitzungen führt, Diskussionen leitet und bei unterschiedlichen Ansichten nicht selten als Vermittler auftritt. Wenn immer möglich, sollen sich die Fraktionsmitglieder am Ende der Diskussionen auf einheitliche Positionen einigen. An seiner Seite weiss er die beiden Vize-Präsidenten der Fraktion.

Nationalrat Ignazio Cassis, Präsident FDP-Liberale Fraktion

Am 20. November 2015 wählte die FDP-Liberale Fraktion Ignazio Cassis

zu ihrem neuen Präsidenten. Er folgt auf alt Nationalrätin Gabi Huber, die die Fraktion während acht Jahren führte.

Ignazio Cassis ist Arzt und seit dem 6. Dezember 2011 Vize-Präsident der FDP-Liberalen Fraktion. Er gehört seit dem 4. Juni 2007 dem Nationalrat an und wurde sowohl in den Wahlen 2007, 2011 als auch 2015 von den Tessiner Wahlberechtigten im Amt bestätigt. Während der letzten zwei Legislaturen gehörte er der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) an, bis Ende der letzten Legislatur als Vizepräsident. Seit Beginn der neuen Legislatur und für die kommenden zwei Jahre präsidiert er die SGK des Nationalrats. Ignazio Cassis ist zudem Mitglied der Redaktionskommission (RedK) und der Interparlamentarischen Union (IPU).

Ständerat Thomas Hefti, Vize-Präsident FDP-Liberale Fraktion

Zu Beginn der vergangenen Winter-session wurde Thomas Hefti, Vorsitzender der Ständeratsgruppe der FDP. Die Liberalen, von der Fraktion zum Vize-Präsidenten gewählt. Er folgt auf alt Ständerat Felix Gutzwiller, der die Fraktion vier Jahre (von 2005 bis 2008) als Präsident und insgesamt zehn Jahre als Vize-Präsident führte.

Thomas Hefti ist Rechtsanwalt. Er vertritt seit dem 12. Januar 2014 den Stand Glarus in der Kleinen Kammer, 2015 wurde er von den Glarner Wahlberechtigten im Amt bestätigt. In der letzten Legislatur gehörte er der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), der Kommission für Rechtsfragen (RK) und der Finanzkommission (FK) an. Auch in der aktuellen

Legislatur vertritt er die FDP in diesen drei Kommissionen.

Nationalrat Beat Walti, Vize-Präsident FDP-Liberale Fraktion

Ebenfalls zum Vize-Präsidenten wählte die Fraktion Nationalrat Beat Walti. Er folgt auf Ignazio Cassis, welcher seit Beginn dieser Legislatur an der Spitze der Fraktion steht. Beat Walti ist Rechtsanwalt. Er sitzt seit dem 2. Juni 2014 für den Kanton Zürich im Nationalrat und wurde in den Wahlen 2015 bestätigt. Er gehörte während der zurückliegenden Legislatur der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) an. In der aktuellen Legislatur sitzt er in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), in der Rechtskommission (GK) sowie in der Immunitätskommission (IK).



Ignazio Cassis



Thomas Hefti



Beat Walti

Herausforderungen im Präsidentialjahr

Gemeinsam für Jobs und unser Land!

Liebe Freisinnige

Diese erste Ausgabe des «Freisinn» nach den Wahlen gibt mir die Gelegenheit, Ihnen von Herzen zum erfreulichen Resultat der National- und Ständeratswahlen zu gratulieren. Das Wahlresultat ist eine Anerkennung Ihrer unermüdlichen Arbeit und Ihres Engagements für die liberalen Werte. Nun gilt es, den Auftrag der Wählerinnen und Wähler zu erfüllen und die freisinnige Politik weiter umzusetzen. Wir stehen im laufenden Jahr vor grossen Herausforderungen, für deren Bewältigung ich mich – gemeinsam mit Ihnen – mit voller Kraft einsetze. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen wird. Lassen Sie mich nachfolgend ein paar Schwerpunkte nennen.

Bilaterale erhalten

Die Zukunft unserer Beziehung zu Europa steht in diesem Jahr im besonderen Fokus. Der Bundesrat will die bilateralen Verträge sichern und gleichzeitig den Volkswillen für eine Begrenzung und eine Steuerung der Zuwanderung umsetzen. Der vom Bundesrat festgelegte Lösungsweg einer Schutzklausel soll dabei eine zentrale Rolle spielen. Nach meinen jüngsten Kontakten mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Brüssel und mit EU-Kommissaren am WEF in Davos bleibe ich optimistisch, dass wir eine Lösung finden werden. Allerdings sind der zeitliche Druck und die Hürden hoch. Gleichzeitig gilt es, unseren Zugang zum europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020 zu sichern. Denn nur so können unsere Hochschulen weiterhin auf höchstem Forschungsniveau mithalten und zur Innovationsfähigkeit in unserem Land entscheidend beitragen.

Optimale Rahmenbedingungen und flexibler Arbeitsmarkt

Bedeutend herausgefordert wird unser Land auch durch den starken Franken bzw. den schwachen Euro. Ein Jahr nach Aufhebung des Mindestkurses durch die Nationalbank bleibt die Ge-



Bundespräsident Johann N. Schneider-Ammann.

fahr einer Deindustrialisierung ernst. Auch der Detailhandel und die Tourismusbranche stehen weiterhin unter enormem Druck. Diese Herausforderungen bewältigen wir sicher nicht mit staatlich verordneter Industriepolitik und einem starren Arbeitsgesetz, wie wir es in anderen Ländern sehen. Der Lösungsweg besteht vielmehr darin, dass sich die konstruktiven Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vereinigen, um sich für optimale Rahmenbedingungen, für einen flexiblen Arbeitsmarkt, für weniger Bürokratie sowie für genügend Mittel zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation einzusetzen.

Sicherheit als oberste Priorität

Die massive Flüchtlingswelle nach Europa ist eine weitere Herausforderung.

Damit verbunden sind Fragen zur Sicherheit: soziale Sicherheit, physische Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit. Die Schweiz ist ihrer humanitären Tradition verpflichtet. Wer direkt an Leib und Leben bedroht ist, soll und muss Schutz erhalten. In unserem kleinen Land bedeutet dies auch, dass Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns fliehen, ihren Platz den Schutzbedürftigen überlassen und rasch zurückkehren müssen. Wer bei uns aufgenommen wird, der muss unsere Regeln und Werte respektieren. Ereignisse wie in Köln darf es in der Schweiz nicht geben. Man muss sich in unserem Land jederzeit überall ohne Angst bewegen können.

Arbeitsplätze sichern

Mit Sicht auf all diese Herausforderungen habe ich für mein Präsidentialjahr das folgende Motto gewählt: «Gemeinsam für Jobs und unser Land».

Dies entspricht den Zielen, die ich bereits als Unternehmer und dann als Politiker verfolgt habe. Ich bin überzeugt, dass es uns mit vereinten Kräften gelingen wird, unsere Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern und neue zu schaffen, um dadurch möglichst allen Menschen eine Perspektive bieten zu können. Ich bin ebenso zuversichtlich, dass wir es schaffen werden, unserem Land eine erfolgreiche Zukunft zu sichern.

Ihnen und uns allen wünsche ich dabei viel Erfolg, Weitsicht und Durchsetzungsfähigkeit.

**Ihr Johann N. Schneider-Ammann,
Bundespräsident**

Hochkaräter am Start

Ein spannendes Jahr erwartet uns

Die FDP Service Public wird sich nicht nur bei der bevorstehenden Abstimmung zur Initiative «Pro Service Public» ins Gespräch bringen, sondern bietet auch dieses Jahr Anlässe mit interessanten und hochkarätigen Referenten.

Beat Schlatter,
Präsident FDP Service Public

Als Highlight unserer Vortragsreihe darf sicher der Besuch von Klaus-Peter Willsch, CDU-Abgeordneter des Deutschen Bundestages, gelten. Um ihn am Dienstag, 15. März, am traditionellen Apéro der eidgenössischen Fraktion auftreten zu lassen, hat unser Vorstand keine Mühen gescheut. Nach den ersten Vorgesprächen in Berlin sind wir überzeugt, dass Herr Willsch uns spannende Einblicke in die Deutsche Politlandschaft gewähren wird. Herr Willsch ist bekannt für seine sehr pointierten Statements zur deutschen Aussenpolitik wie auch zur aktuellen Lage des Euro und der Flüchtlingskrise. Der Anlass steht allen Mitgliedern der FDP Service Public offen.

Ein vielseitiger Jahresplan

Der Fraktionsapéro am 15. März wird der Auftakt für ein spannendes Jahr sein. Nebst den Referaten von unterschiedlichsten Exponenten wie Herrn Willsch oder dem Generalsekretär des Schweizerischen Fussballverbandes, Alex Miescher, für welche wir hoffentlich viele Teilnehmer begeistern können, werden wir uns intensiv mit der Volksinitiative «Pro Service Public» auseinandersetzen. Diese unter verlockendem Namen daher kommende Initiative gilt es aus liberaler Sicht klar abzulehnen.

Alle Informationen zu unseren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Webseite www.fdp-servicepublic.ch oder auf unserer Facebook-Seite www.facebook.com/FdpServicePublic. Wir freuen uns über Ihren Besuch auf unseren Kanälen und Ihren Like bei Facebook.

Für einen modernen Service Public

«Wir machen uns stark für eine effiziente Verwaltung, die im Gleichge-

wicht mit der Wirtschaft und der Politik steht ...» – so beginnt die Selbstdefinition unserer Vereinigung. Es liegt daher in unserer DNA, sich gegen eine Volksinitiative zu stellen, welche einen unrealistischen und nicht den aktuellen Herausforderungen entsprechenden Service Public in der Verfassung verankern will. Im Juni wird die Volksinitiative «Pro Service Public» vors Volk kommen. Lanciert wurde sie vom Magazin «K-Tipp» und verschiedenen sogenannten Konsumentenorganisationen. Ich werde mich in

diesem Abstimmungskampf an vorderster Front für eine sinnvolle Grösse der öffentlichen Hand einsetzen.

Auch wenn die Initiative «Pro Service Public» angesichts anderer Herausforderungen, welche auf unser Land zukommen, zweitrangig zu sein scheint, erachte ich es doch als wichtig, diese aktiv zu bekämpfen.

Wird die Initiative «Pro Service Public» angenommen, verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Nicht nur, dass wir durch die Plafonierung

von Kaderlöhnen für Posten in bundesnahen Unternehmen kaum mehr Top-Kader finden würden, die diese Unternehmen wettbewerbsfähig halten, auch würden viele Dienstleistungen erheblich verteuert werden müssen. Erhöhte Preise bei den SBB oder der Post hätten eine weitere Zementierung der Hochpreisinsel Schweiz zur Folge. Auch die Wettbewerbschancen für Schweizer Unternehmen würden dadurch empfindlich geschmälert.



Beat Schlatter



Klaus-Peter Willsch

Fakten statt Lügen:

Der Faktencheck zur Durchsetzungsinitiative

Die Lügen

Die Ausschaffungsinitiative wurde nie umgesetzt.

Die Initiative sorgt dafür, dass alle schwerkriminellen Ausländer ausgeschafft werden.

Secondos sind keine Ausländer und werden deshalb nicht ausgeschafft.

Die Fakten

Das Parlament hat letzten Sommer eine pfefferscharfe Umsetzung der Ausschaffungsinitiative beschlossen. Die von der SVP gesetzte Umsetzungsfrist von fünf Jahren wurde eingehalten. Nur wegen der Durchsetzungsinitiative ist das Gesetz noch nicht in Kraft.

Die Durchsetzungsinitiative trifft den grössten Teil der ausländischen Täter gar nicht, da diese nicht über eine gefestigte Aufenthaltsbewilligung verfügen.

Die Initiative macht keinen Unterschied zwischen Secondos, Kriminaltouristen oder EU-Einwanderern. Alle können wegen Bagatellen ausgeschafft werden.



NEIN zur Durchsetzungsinitiative